

## Kommentar

# Europas Duo, Frankreichs Duell

## Deutsch-französische Umarmungen und die „Kohabitation“ zweier Neogaullisten

MEDARD RITZENHOFEN\*

Der deutsch-französische Umgangston darf als vorbildlich bezeichnet werden: „En ce jour du souvenir et de l'espérance, les Françaises et les Français vous reçoivent plus que jamais en ami. Ils vous reçoivent en frère.“ Nicht mehr nur als Freund, sondern als „Bruder“ empfing der französische Staatspräsident Jacques Chirac Bundeskanzler Gerhard Schröder am 6. Juni. Es war ein besonderer Tag. Zum ersten Mal nahm ein deutscher Regierungschef an den Gedenkfeierlichkeiten zur Landung der Alliierten in der Normandie teil, die vor 60 Jahren die Befreiung Europas von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eingeleitet hatte. Gerhard Schröder war sich der Bedeutung dieser Einladung bewusst. Zu Recht betonte er, dass der Sieg der Alliierten kein Sieg über Deutschland, sondern „ein Sieg für Deutschland“ gewesen sei.

Die Teilnahme eines Bundeskanzlers an den D-Day-Feiern bezeugte noch einmal – und vielleicht zum letzten Mal – den historischen Sieg des Westens von 1945. Doch dass auch epochale Triumphe nicht ewig währen, machte gerade diese völkerverbindende Zeremonie des „großen Freiheitsbundes“ (George W. Bush) zu einem Zeitpunkt deutlich, da das atlantische Bündnis sein schwerstes Zerwürfnis noch nicht verdaut hat. Umso herzlicher konnten sich die Repräsentanten jener

beiden Länder in die Arme fallen, die in früheren Zeiten als Erbfeinde keine Gelegenheit zur Konfrontation ausgelassen hatten. Das deutsch-französische Fotoalbum wurde einmal mehr um ein einprägsames Bild bereichert: Nach Charles de Gaulle und Konrad Adenauer, die 1963 Seite an Seite in der Kathedrale von Reims die Versöhnung, François Mitterrand und Helmut Kohl, die Hand in Hand auf den Schlachtfeldern von Verdun die Freundschaft besiegelt hatten, gaben Jacques Chirac und Gerhard Schröder das politische Paar vor dem Memorial in Caen in ultimativer Vertrautheit. Die gegenseitige innige Umarmung war mehr als eine symbolische Geste für die Kameras. Seit sie zusammen Front gemacht haben gegen die Irak-Politik der Bush-Administration, wissen die Regierenden in Paris und Berlin, was sie aneinander haben. Indem sie die Stirn hatten, dem großen Onkel jenseits des Atlantiks die Gefolgschaft zu verweigern, wurden Chirac und Schröder zu Brüdern im diplomatischen Geist. Dabei waren gerade sie es gewesen, die vor noch nicht allzu langer Zeit bei jeder europapolitischen Frage, von den Agrarsubventionen bis zur Stimmengewichtung im EU-Ministerrat, heftig aneinander gerieten. Mächten der Neogaullisten und der Sozialdemokrat anfangs wenig Anstalten, den deutsch-französischen

\* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

Motor am Laufen zu halten, so scheint dieser mittlerweile von selbst Gas zu geben. In der Luxuslimousine „Françallémanne“ wechseln sich Chirac und Schröder sogar am Steuer ab, indem sie sich gegenseitig bei Gipfelrunden des Europäischen Rates vertreten, um die Interessen des jeweils anderen wahrzunehmen.

Doch ist dies nur eine Seite einer komplex bleibenden Beziehung. Dass sich die Brüder umarmen, hindert sie nicht daran, sich auch gegenseitig Schienbein zu treten. So musste eine Woche vor den Gedenkfeiern in der Normandie ein deutsch-französischer Gipfel abgesagt werden. Nicht wegen Terminschwierigkeiten, wie es offiziell hieß, sondern wegen der Verärgerung der Bundesregierung über eine französische Industriepolitik, die Schröder, laut der „Financial Times Deutschland“, als „extrem nationalistisch“ kritisierte. Tatsächlich zeigte Paris keine Skrupel, deutsche Interessen zweimal in kürzester Zeit auszubremsen. Erst intervenierte die Regierung bei den Übernahmeverhandlungen um Aventis, indem sie dafür sorgte, dass der deutsch-französische Pharmakonzern von dem kleineren französischen Konkurrenten Sanofi übernommen wurde. Das Nachsehen hat der deutsche Partner Hoechst, der nun in einem französischen Megakonzern beziehungsweise untergeht. Kurz darauf schaute der Vorstand von Siemens in die Röhre, als Paris dessen Einstieg in den schwer angeschlagenen Transport- und Energiekonzern Alstom verhinderte. Wo es ans Portemonnaie oder ums Prestige geht, stößt die deutsch-französische Freundschaft offensichtlich an ihre Grenzen.

### Sarkozy – im Zeichen Colberts

Hinter dieser robusten Industriepolitik steht ein Mann, der die gesamte französische Politik aufmischt. In Frankreich dreht sich alles um Nicolas Sarkozy. Seit der Wirtschaftsminister frühzeitig erkennen ließ, dass er 2007 in

den Élysée-Palast will, haben die Medien nur noch Augen für den hochmotivierten Patron von Bercy. Der inzwischen offen ausgetragene Machtkampf zwischen Staatspräsident Chirac und dessen ungeliebtem Thronprätendenten liefert der Presse Schlagzeilen und Titelgeschichten à la volonté. Konnte Sarkozy als Innenminister beachtliche Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung aufweisen, so setzt er als Chef des Fiskus alles daran, auch der Wirtschaftspolitik seinen Stempel aufzudrücken. Dabei knüpft er schon von seinem ausladenden protokollarischen Titel eines „Ministre d'État, ministre de l'Économie, des Finances et de l'Industrie“ an die vielen Funktionen des legendären Colbert an. Wie der Finanzintendant des Sonnenkönigs Ludwig XIV., der einst die französische Tradition der staatlich gelenkten Wirtschaft begründete, greift Sarkozy zu politischen Hebeln, um Bilanzen zu verbessern oder im internationalen Wettbewerb Hilfe zu leisten.

Über Preisdiktat und nationale Begünstigung macht der Staat die Wirtschaft. Wie man mit der Wirtschaft Staat machen kann, führt der Finanzminister im Zusammenspiel mit den so genannten „nationalen Champions“ vor. Damit namhafte französische Konzerne nicht den Bach runtergehen, legt sich der Wirtschaftsminister für diese in die Riemen. Umgekehrt darf sich der Patron von Bercy die kurzfristige Rendite seiner voluntaristischen Industriepolitik gutschreiben lassen. Dass dabei ganz allgemein der Wettbewerb verzerrt wird, deutsche Interessen im Besonderen verletzt werden, kann einen Politiker, der den Élysée fest im Blick hat, wenig kümmern. Ohnehin muss man sich in Deutschland keine Illusionen über eine ausgeprägte Germanophilie Sarkozys machen. Der Hoffnungsträger der französischen Rechten tat in einem Gespräch mit den Zeitungen „Financial Times“ und „Les Echos“ im Juni kund, dass er von „exklusiven“ Beziehungen zwischen Paris und Berlin nicht viel hält. Dafür setzt er auf eine enge Kooperation zwi-

schen den großen Sechs der EU, sprich Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Spanien und Polen.

### Kontraproduktiver Motor

Und liegt Sarkozy damit falsch? So herzerwärmend die deutsch-französischen Umarmungen auch sein mögen, bei den anderen EU-Partnern sorgen sie für Irritationen. Der vielbeschworene Motor Europas verfehlt sein Ziel, wenn er zum Selbstzweck wird. Wo das zentrale Duo der EU damit beschäftigt ist, sein Sonderverhältnis zu kultivieren, regen sich zwangsläufig Gegenkräfte an der Peripherie. Chirac und Schröder bekamen dies bei der komplizierten Suche nach einem Nachfolger für den scheidenden EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi zu spüren. Wäre in früheren Zeiten ein deutsch-französischer Wunsch kandidat für Brüssel kaum zu verhindern gewesen, so haben sich die Gewichte im Europa der 25 verschoben. Gegen London und die neuen Mitglieder gelang es Berlin und Paris nicht, ihren Favoriten, den belgischen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt, durchzusetzen. Stattdessen mussten sie hinnehmen, dass mit dem portugiesischen Regierungschef José Manuel Barroso eher ein Velegenheitskandidat, noch dazu ein erklärter Transatlantiker, das Rennen um den Spitzenjob der EU machte. Auf dem Höhepunkt des den Westen spaltenden Irak-Konflikts gehörte Barroso nicht nur zu den Unterzeichnern jenes Briefes, in dem sich acht EU-Mitglieder mit den USA solidarisch erklärten, er hatte als Gastgeber auch den viel diskutierten Azoren-Gipfel ausgerichtet, auf dem George W. Bush, Tony Blair und José María Aznar ihre Militärallianz demonstrierten.

Nachdem Paris und Berlin in dieser personalpolitischen Debatte den Kürzeren gezogen hatten, kassierten sie kurz darauf eine Schlappe gegen die EU-Kommission bei der Machtprobe um die Auslegung des Stabilitätspaktes. Der Europäische Gerichtshof er-

klärte am 13. Juli die Aussetzung der laufenden Defizitverfahren gegen Deutschland und Frankreich für rechtswidrig. Zur Erinnerung: Im November 2003 hatten es Europas Finanzminister unter dem Druck von Paris und Berlin nicht nur abgelehnt, der Forderung von Währungskommissar Pedro Solbes nach drastischen Sparmaßnahmen nachzukommen. Sie hatten auch ein Strafverfahren gegen die beiden wiederholten Haushaltssünder Deutschland und Frankreich zu Fall gebracht. Die 2002, 2003 und auch 2004 verübten Verstöße der beiden größten Volkswirtschaften der Euro-Zone gegen die im EU-Vertrag festgelegte Defizitobergrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes sollten ungestraft bleiben. Doch hier legten die EU-Richter ihr Veto ein und stärkten mit ihrem Urteil der EU-Kommission bei der Verteidigung des Stabilitätspaktes den Rücken. Dass ein deutsch-französisches Zusammenwirken nicht automatisch vorteilhaft für Europa ist, sondern auch regelrecht kontraproduktiv sein kann, haben Paris und Berlin beim gemeinsamen Sägen am tragenden Pfeiler der europäischen Geldwertstabilität bewiesen. Doch auch wenn die Sünder wider den fiskalischen Geist von Maastricht von der Justiz in Luxemburg an die Kandare genommen wurden, werden die Finanzstrategen neue Wege finden, das unerlässliche Spargelot zu unterlaufen. Darüber ist der Stabilitätsvertrag bereits so ins Gerede gekommen, dass er über kurz oder lang in seiner ursprünglichen Form nicht zu halten sein wird. Mit der überall zu hörenden Forderung, Wirtschafts- und Währungspolitik jenseits des Stabilitätspaktes enger zu vernetzen, ist der Abgesang auf die ökonomische Vernunft in vollem Gange.

Dass sich in dieser Debatte der französische Finanzminister mit dem Vorschlag einer europäischen Wirtschaftsregierung besonders weit vorwagt, erstaunt nicht. Denn alles, was Nicolas Sarkozy sagt oder tut, dient dazu, Aufmerksamkeit zu erregen. Mit seinen küh-

nen Plänen und flotten Sprüchen ist der 49-jährige Hans Dampf in allen Gassen der ideale Partner für die Medien. Nach dem selbstgewählten Motto, „wenn es einfach wäre, würde man mich nicht bitten“, stilisiert sich „Sarko“ in die Rolle des zupackenden Not Helfers. Der Mann ist immer unterwegs, ständig auf dem Sprung und denkt, nach eigenem Vernehmen, nicht nur beim Rasieren an das höchste Amt im Staat.

### Partei oder Portefeuille

Dass das politische Spiel von der persönlichen Rivalität lebt, haben *de Gaulle* und *Mitterrand*, *Giscard* und *Chirac*, auch *Chirac* und *Balladur* hinreichend vorgemacht. Die berechnende Nonchalance, mit der jetzt ein Finanzminister den Staatspräsidenten das Fürchten lehrt, fasziniert allerdings auch die abgeklärtesten Kommentatoren. Angesichts dieses Duells zwischen einem Staatschef, der seine Vollmachten beinhart verteidigt, und einem Minister, der felsenfest an seine präsidentielle Zukunft glaubt, zeichnet sich eine neue Form der „Kohabitation“ ab. Nachdem diese politische Doppelspitze mit *Mitterrand* und *Chirac* (1986–88), *Mitterrand* und *Balladur* (1993–95) und zuletzt *Chirac* und *Jospin* (1997–2002) stets eine Links-Rechts-Kombination von Präsident und Premierminister war, stehen sich mit *Chirac* und *Sarkozy* nun zwei Neogaullisten gegenüber, „le monarque républicain et son grand argentier“.

*Nicolas Sarkozy* füllt die Rolle des Gegenspielers zum Präsidenten so raumgreifend aus, dass darüber sowohl die eigentliche Opposition der Sozialisten als auch Premierminister *Jean-Pierre Raffarin* völlig in den Hintergrund gedrängt werden. Die starke Nummer Zwei der Regierung beherrscht die politische Szene und lässt keine Gelegenheit aus, sich vom Staatspräsidenten abzuheben. Sollte der populäre Politiker den Vorsitz von *Chiracs* Präsidentenpartei UMP übernehmen, wäre der Machtwechsel innerhalb des rechtsbürger-

lichen Lagers bereits vorzeitig vollzogen. Die Führung der eigens zur Unterstützung des Präsidenten gegründeten Formation ist verwaist, nachdem *Chiracs* Kronprinz *Alain Juppé* in einem Korruptionsverfahren verurteilt wurde und die politische Bühne verlassen musste. Der ‘Dauphin de cœur’ hatte in der Bestechungsaffäre den Kopf für seinen Mentor *Chirac* hingehalten und der Fall *Juppés* machte die Bahn frei für *Sarkozy*. Damit sein Gegenspieler aber nicht noch mehr Macht auf sich vereint, hat ihn *Chirac* vor die Alternative von Partei- und Regierungsam gestellt. Als UMP-Vorsitzender müsste *Sarkozy*, so lautet die kategorische Direktive des Präsidenten, das Finanzministerium aufgeben. Während sich *Chirac* zu diesem Befreiungsschlag genötigt sah, übt sich der Herausforderer in präsidentialen Auftritten. Vier Tage vor dem 14. Juli, an dem sich der Staatschef in einer politischen Tour d’horizon an die Nation zu wenden pflegt, gab *Nicolas Sarkozy* in einem Gespräch mit „Le Monde“ seine Sicht der Dinge zum Besten. Damit setzte der Finanzminister den Präsidenten ganz nebenbei ins Schach. Denn indem er mit seiner Bestandsaufnahme *Chirac* zuvorkam, stellte *Sarkozy* die Rangordnung gleichsam auf den Kopf.

### Referendum zu Europa

Die Reaktion ließ nicht auf sich warten. Und sie fiel barsch aus: „Je décide et il exécute“, schnaubte ein sichtlich aufgebrachter Staatschef und benutzte das rituelle Fernsehgespräch am Nationalfeiertag dazu, seinen allzu ehrgeizigen Minister in die Schranken zu weisen. Wie konfliktuell die Beziehung der beiden Neogaullisten ist, zeigte sich daran, dass *Chirac* ausdrücklich darauf hinwies, keine Probleme mit *Nicolas Sarkozy* zu haben, um dann hinzuzusetzen, dass niemand gezwungen sei, Minister zu sein. Doch als ob er sich beim Ableiten in unschickliche Niederungen ertappt habe, wollte *Chirac* von personalpolitischer Polemik nichts wissen, die er in

einer für ihn typischen Formulierung als „Politik mit kleinem ‘p’“ bezeichnete. Dass er für die große Politik zuständig ist, machte der Präsident deutlich, indem er nach langem Zögern zugleich ein Referendum zum „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ ankündigte. Im zweiten Halbjahr 2005 sollen die Franzosen über das Dokument abstimmen, das der europäischen Einigung ihr völkerrechtliches Fundament gibt. Mit diesem Votum für Volkes Stimme griff Chirac zurück auf ein vom Republikgründer de Gaulle ausdrücklich vorgesehene Verfahren, das die Nation an Fragen ihrer politischen Verfasstheit unmittelbar beteiligt.

Wenn die politische Mitwirkung der Bürger an ihrer Verfassung Sinn macht, so ist sie nicht ohne Risiko. Ein ‘No’ aus England, wo Tony Blair ebenfalls ein Referendum angekündigt hat, könnte noch als Reaktion „very british“ eingefleischter Euroskeptiker abgetan werden. Mit dem ‘Non’ aus Frankreich, diesem Gründer- und Stammland der EU, wäre der über 300 Seiten starke Verfassungsentwurf kaum noch sein Papier wert. Dass ein solch düsteres Szenario nicht aus der Luft gegriffen ist, belegt die hauchdünne Mehrheit von 51 Prozent, mit der Frankreich in dem Referendum vom 20. September 1992 den Vertrag von Maastricht absegnete. Auch die französischen Ergebnisse der Europawahlen vom 13. Juni lassen wenig Gutes für einen Volksentscheid erwarten: Eine Wahlbeteiligung von nicht einmal 43 Prozent ist alles andere als ausgewiesene Europhilie. Wie schon bei den Regionalwahlen zweieinhalb Monate zuvor ging es den französischen Wählern in erster Linie darum, die Partei der regierenden Mehrheit abzustrafen. Lediglich 16,6 Prozent bekam die UMP, deren totales Scheitern als große rechtsbürgerliche Formation offenkundig ist. Behaupten konnte sich die liberale UDF mit 12 Prozent, während die Sozialisten mit fast 29 Prozent erneut den größten Profit aus dem Denkkettel für die Regierung zogen.

Was sollte die französischen Wähler daran hindern, nicht auch bei dem Europa-Referendum die Unzufriedenheit mit ihrem Präsidenten zum Ausdruck zu bringen? War es ursprünglich Jacques Chirac selbst gewesen, der sich in seiner Berliner Rede vom 27. Juni 2000 für ein Referendum ausgesprochen hatte, so neigte er in jüngerer Zeit eher einer parlamentarischen Ratifizierung des EU-Vertrages zu. Dabei, so die schöne Idee, sollten Assemblée Nationale und Deutscher Bundestag gemeinsam die kontinentale Konstitution bestätigen. Diese „démarche commune“ des eingespielten europäischen Doppels wurde durchkreuzt von der neuen „Dyarchie“ an der französischen Staatsspitze. Denn es war niemand anderes als Nicolas Sarkozy, der sich wortreich für ein EU-Referendum ins Zeug legte. Nachdem die UMP auf die Linie ihres Hoffnungsträgers eingeschwenkt war, musste sich der Präsident dem Druck des eigenen Lagers beugen, zumal auch die Sozialisten einen Volksentscheid forderten.

Doch Jacques Chirac wäre nicht der in vier Politiker-Jahrzehnten mit allen Wassern gewaschene Taktiker, wüsste er nicht auch aus diesem unvorhergesehenen ‘rendez-vous électoral’ Vorteile zu ziehen. Mag sein, dass das Referendum zu Europa zum Plebiszit über den Staatschef wird. Aber, so der Präsident zum Volksentscheid, diese „entscheidende Frage, die die nahe Zukunft der Franzosen und vor allem die ihrer Kinder betrifft“, verlangt nach einem angemessenen Votum ohne politische Hintergedanken. In dieser wegweisenden Debatte müssen deshalb sowohl der aufsässige Sarkozy als auch die sozialistische Opposition mit dem Präsidenten gemeinsame Sache machen. Denn weder ein Politiker noch eine Partei, die in Frankreich nach der Macht streben, können es sich leisten, Europa eine Absage zu erteilen. Mit dem angekündigten Referendum führte Chirac einmal mehr vor, wie auch ein „grand dessein“ Platz lässt für die „politique avec un petit ‘p’“.